

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 14 – Landesbesoldungsgesetz

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Monika Heinold:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 487.06 / 29.11.06**

## Ein Schritt hin zum einheitlichen Dienstrecht

Die Grüne Landtagsfraktion begrüßt diese Gesetzesinitiative, in der die Gehaltsergebnisse für den Tarifbereich im öffentlichen Dienst nun für den Beamtenbereich übernommen wird. Diese Einmalzahlungen sind ein kleiner Ausgleich für die schmerzhaften Kürzungen, die den BeamtInnen von der Großen Koalition verordnet wurden.

Am Donnerstag der letzten Woche haben nochmals PolizeibeamtInnen gegen die Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld demonstriert. Zu Recht, denn sie sind von der CDU vor der Wahl nach Strich und Faden belogen worden!

Ich möchte den Gesetzentwurf zum Anlass nehmen, um erneut die Vereinheitlichung des öffentlichen Dienstes anzumahnen! Meine Fraktion hält die Trennung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für überholt, wir fordern ein einheitliches öffentliches Dienstrecht.

Leider sind die Beharrungskräfte am jetzigen System übermächtig. Ich würde mir wünschen, dass dieser Gesetzesentwurf als erster Schritt auf dem Weg in die Gleichbehandlung von Angestellten und BeamtInnen gesehen wird. Zu einer Angleichung des Dienstrechtes gehört es auch, dass es zukünftig stärkere leistungsorientierte Besoldungskomponenten gibt.

Im neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder ist ein leistungsbezogener Gehaltsanteil in relevanter Höhe vereinbart worden, der jetzt in eine Praxistauglichkeit überführt werden muss. So etwas muss zukünftig auch für den Beamtenbereich erreicht werden. Ich möchte den Gesetzentwurf auch zum Anlass nehmen, um auf die Kostenentwicklung im Versorgungsbereich hinzuweisen.

1/2

Sehen wir uns das Tarifiergebnis von 2,9 Prozent ab dem 1.1.2008 an: Die Haushaltsbelastung in der Besoldung beträgt 44,95 Mio. Euro, für den Bereich der Versorgung zusätzlich 18,73 Mio. Euro. Damit beträgt der Finanzaufwand für vergangene Beamtendienste 41,7 Prozent (!! ) des Aufwandes für die aktiven BeamtInnen. Die Tendenz ist steigend, quasi unabänderlich.

Jede und Jeder hier im Hause wird erkennen, dass das auf Dauer nicht gut gehen kann. Auch deshalb kritisieren wir Grüne die von der Landesregierung neu beschlossene Verbeamtungswelle. Was kurzfristig an Euros gespart wird, kommt am Ende der nächsten Generation teuer zu stehen. Das ist weder nachhaltig noch gerecht!

Zurück zum Gesetzentwurf: Meine Fraktion stimmt ihm zu! Auch die MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst müssen Tarifsteigerungen erhalten.

\*\*\*